

ENTWURF

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Schulvielfalt statt Schuleinfalt

Schulpolitische Leitsätze der CDU Nordrhein-Westfalen

Bildung soll unsere Kinder und Jugendlichen dazu befähigen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Schulbildung trägt wesentlich dazu bei und ermöglicht es den jungen Menschen darüber hinaus, eigenständig und entsprechend ihren Fähigkeiten einen Berufsweg wählen zu können. Vielfalt des Schulwesens ist hierfür eine notwendige Voraussetzung. Rot/Grün ergeht sich in alten formalen Schulstrukturdebatten und will die Einheitsschule flächendeckend einführen. Die CDU in Nordrhein-Westfalen konzentriert sich im Unterschied dazu auf die inhaltlichen Verbesserungen unseres Schulwesens und die individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers. Die vorliegenden Leitsätze dienen als Anstoß für eine offene Diskussion, die sowohl innerhalb der CDU-Nordrhein-Westfalens, aber auch in einer breiteren Öffentlichkeit zur Weiterentwicklung unseres vielfältigen Schulwesens geführt werden soll.

I.

Die derzeitige Situation

Nordrhein Westfalen hat eine historisch gewachsene, ausdifferenzierte Schullandschaft. In zur Zeit 671 Hauptschulen, 559 Realschulen, 630 Gymnasien, 221 Gesamtschulen, 727 Förderschulen, 52 Waldorfschulen, 56 Weiterbildungskollegs und 361 Berufskollegs werden rund 2,8 Millionen Schülerinnen und Schüler von mehr als 195.000 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet. Dieses komplexe Schulsystem war in der Vergangenheit und wird auch in Zukunft einem steten Wandel unterworfen sein. Dabei spielt die demographische Entwicklung eine wesentliche Rolle. Im Schuljahr 2020 wird es knapp ein Viertel weniger Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I geben als heute. Bildungspolitik bewältigt diese Herausforderung, wenn sie als Ordnungspolitik verstanden wird. Das nordrhein-westfälische

1 Schulgesetz von 2006 ist Ausdruck dieser ordnungspolitischen Wende. Es gibt einen Rahmen
2 vor, der Vielfalt im Wandel ermöglicht. Das geltende Schulgesetz sieht beispielsweise vor:

- 3 • die Zusammenarbeit von Schulformen (§4)
- 4 • den organisatorischen Zusammenschluss von Hauptschulen und Realschulen zu
5 Verbundschulen (§ 83)
- 6 • den Zusammenschluss von Hauptschulen und Gesamtschulen zu Aufbauschulen der
7 Sekundarstufe I (§ 83)
- 8 • die Erweiterung einer Hauptschule um einen Realschulzweig oder die Erweiterung
9 einer Realschule um einen Hauptschulzweig (§ 83)
- 10 • Grundschulverbände mit einklassigen Teilstandorten und Hauptschulen mit einer
11 Klasse pro Jahrgang (§ 82)
- 12 • Den Zusammenschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu Schulverbänden
13 (§ 78)
- 14 • Schulversuche, Versuchsschulen und Modellvorhaben zur Weiterentwicklung des
15 Schulwesens (§ 25).

16 Diese Möglichkeiten sind in den letzten Jahren von vielen Schulträgern genutzt worden, so
17 wurden zwischen 2006 und 2009 rund 20 Verbundschulen eingerichtet. Dadurch hat sich die
18 Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen in einer Weise positiv weiterentwickelt, wie es sie
19 unter den vorherigen Landesregierungen nicht gegeben hat. Alle diese Änderungen von
20 Schulformen sind im regionalen Konsens geschehen. Der regionale Konsens bleibt auch für
21 die Zukunft unerlässlich. Das gilt auch für die im Schulgesetz vorgesehenen Modellversuche.

23 **Ziel der CDU in Nordrhein-Westfalen: Vertrauen und Anerkennung**

24 Die CDU Nordrhein-Westfalen ist offen für eine sinnhafte Debatte über die zukunftsfähige
25 Organisation des Schulwesens. Entscheidend ist der Geist, aus dem heraus die Organisations-
26 oder Strukturfragen erörtert werden. Der jahrzehntealte Obersatz der
27 Einheitsschulbefürworter in der alten Schulstruktur-Debatte lautete: „Wir brauchen eine
28 Bildungspolitik, die die alten Strukturen überwindet“. Dieses schulpolitische
29 Grundbekenntnis ist auch der Leitgedanke des Parteitagbeschlusses der nordrhein-
30 westfälischen SPD vom 25. August 2007. Dort heißt es: Soziale Gerechtigkeit,
31 Chancengleichheit, Integration, eine hohe Bildungsbeteiligung und die Ausschöpfung aller
32 Bildungsreserven lassen sich „mit dem gegenwärtigen Bildungssystem [...] nicht
33 verwirklichen“. „Das gegliederte Schulwesen ist nicht zukunftsfähig“. (S. 9) Die hier zum
34 Ausdruck gebrachte schulpolitische Grundhaltung ist die des *Misstrauens* und der *Ablehnung*.

1 Den Schulen wird signalisiert: ‚Ihr seid veraltet, ihr seid nicht zukunftsfähig, unser Ziel ist
2 eure Überwindung‘. Diese Grundhaltung hat das schulpolitische Klima in Bund und Land
3 jahrelang nachteilig geprägt. Sie hat wesentlich zur Ideologisierung der Debatten beigetragen.
4 Die Kontrahenten mauerten sich ein, nötige Reformen wurden nicht angepackt, Schulen
5 wurden allein gelassen. An die Stelle einer misstrauenden und ablehnenden Grundhaltung trat
6 2005 unter der CDU-geführten Landesregierung eine Grundhaltung des *Vertrauens* und der
7 *Anerkennung*. Jede Schule, gleich welcher Form, wurde wertgeschätzt. Das schulpolitische
8 Ziel war nicht die Überwindung einer angeblich nicht zukunftsfähigen Schulstruktur. Das Ziel
9 war, die Schulen, die da sind und sich sämtlich bemühen, ihrem Bildungs- und
10 Erziehungsauftrag bestmöglich nachzukommen, besser auszustatten und ihnen im Rahmen
11 eines verlässlichen Ordnungsrahmens Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

12

13 **Ziel der SPD geführten Landesregierung: Festhalten an alten Debatten und** 14 **ideologischen Vorstellungen**

15 Die CDU Nordrhein-Westfalen hält die von 2005 bis 2010 vorgenommenen schulpolitischen
16 Weichenstellungen für richtig. Sie hält das in dieser Zeit geschaffene Klima des Vertrauens
17 und der Anerkennung für unerlässlich. Nur so kann es gelingen, unsere Schulen für die
18 Zukunft weiter richtig aufzustellen und die Schulstruktur angemessen fortzuentwickeln. Die
19 CDU Nordrhein-Westfalen sieht deshalb mit großer Sorge, dass die neue Landesregierung
20 entschlossen scheint, die überwunden geglaubte alte Schulstrukturdebatte in Nordrhein-
21 Westfalen wiederzubeleben. Die Ankündigung, mindestens 30 Prozent der
22 allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe I bis 2015 in „Gemeinschaftsschulen“¹
23 umzuwandeln und neue Schulen in der Regel nur noch als „Gemeinschaftsschulen“ zu
24 genehmigen, ist dafür der zweifelsfreie Beleg. Vor dem Hintergrund des
25 Parteitagebeschlusses der nordrhein-westfälischen SPD von 2007 ist dieses Vorhaben nur eine
26 Etappe auf dem Weg zur flächendeckenden Einheitsschule gesehen werden. „Bei der Reform
27 des Bildungssystems“, heißt es in diesem Parteitagebeschluss, „darf es nicht mehr um das
28 ‚Ob‘, sondern es muss um das ‚Wie‘ einer Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit in der
29 Sekundarstufe I gehen [...] Deshalb streben wir in der Perspektive ein vollständig integratives
30 System an, das bis zum ersten qualifizierten Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt“.
31 (S. 10) Dieser Zielbestimmung entspricht die Koalitionsvereinbarung von Juli 2010. Dort
32 heißt es: „Das nordrhein-westfälische Schulsystem ist den Anforderungen der Zukunft nicht

¹ Der Rechtsbegriff „Gemeinschaftsschule“ ist in der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens in Art. 12 festgelegt. Gemeinschaftsschulen sind als Schulart bei Grund- und Hauptschulen definiert in Abgrenzung zu Bekenntnisschulen.

1 gewachsen“. Derselben Zielbestimmung entspricht auch die Haltung der SPD in den
2 Koalitions-Sondierungsgesprächen mit der CDU. Dort hat die SPD auch dem in manchen
3 Bundesländern favorisierten Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und fusionierter Haupt-
4 und Realschule eine Absage erteilt.

5

6 **Notwendigkeit einer Neuorientierung durch die empirische Forschung**

7 Im Zusammenhang der PISA-Studien hatte die schulpolitische Debatte an Substanz gewonnen
8 und an ideologischem Gehalt wohltuend verloren. Einen fachlichen Konsens darüber, dass ein
9 vollständig integratives System die Voraussetzung für eine Verbesserung der Qualität von
10 Schule ist, gibt es nicht. Die Zahl der Experten, die die Schulstruktur nicht für die
11 entscheidende Variable für den Kompetenzerwerb halten, ist beeindruckend. Ebenso wenig
12 gibt es einen fachlichen Konsens darüber, dass eine Verlängerung des gemeinsamen Lernens
13 über die bisherige Grundschulzeit hinaus bis zur sechsten Klasse Schülerinnen und Schülern
14 Vorteile bringt. Die empirische Lern- und Bildungsforschung nach PISA spricht zunehmend
15 dafür, dass die Strukturfrage in der Vergangenheit überbewertet worden ist und
16 vergleichsweise entscheidenden Fragen zu wenig Aufmerksamkeit zuteil wurde. Dazu zählen
17 insbesondere die Fragen der individuellen Förderung, der frühkindlichen Bildung, der
18 Lehreraus- und -fortbildung oder der Gestaltung von Unterricht. Es hat in der Vergangenheit
19 zu viele „Reformen“ gegeben, die keineswegs einen Fortschritt bewirkt haben, weil sie nicht
20 auf der Grundlage gesicherten Wissens erfolgten.

21

22 **Schulvielfalt statt Schuleinfalt – Wahlfreiheit statt Zwang**

23 Die CDU Nordrhein-Westfalen hält das vielfältige Schulwesen für entwicklungs- und für
24 zukunftsfähig. Sie ist der Auffassung, dass unterschiedliche und durchlässige Bildungsgänge
25 der Vielfalt von Begabungen und Interessen junger Menschen eher gerecht wird als ein
26 uniformes System. Vielfalt ist lebendiger, bunter und spannender und bietet mehr individuelle
27 und soziale Chancen, als es landesweit uniforme Schulen könnten. Ein leistungsfähiges
28 Schulsystem ist durch Wettbewerb zwischen verschiedenen Schulen und mit anderen
29 Schulsystemen gekennzeichnet. Die CDU hält es für ein hohes Gut, dass Eltern, Schülerinnen
30 und Schüler zwischen verschiedenen Schulen wählen können. Ein vollständig integratives
31 System lässt niemandem eine Wahlmöglichkeit; wo es nur *ein* Angebot gibt, ist nichts mehr
32 zu wählen. Dort herrscht Zwang. Auch die Grünen wollen diesen Zwang, den Zwang zur
33 Vereinheitlichung. Frau Löhrmann will die sogenannte Gemeinschaftsschule „zum Regelfall“
34 machen. Damit opfert sie Vielfalt, Individualität und Wahlmöglichkeit auf dem ideologischen

1 Altar der alten Strukturdebatte. Die Bevorzugung einer einzelnen Schule zu Lasten der
2 anderen war der Fehler der alten Schulpolitik. Es darf nicht sein, dass heute wieder in den
3 alten Fehler zurückgefallen wird. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich gegen diese
4 geplante Einfalt strikt wehren. Sie ist der Überzeugung, dass modern und zukunftsgerichtet
5 nicht die Befürworter von Uniformität sind, sondern die Vertreter von Vielfalt und
6 Individualität.

7

8 **Schulfrieden nur mit einem vielfältigen Schulwesen**

9 Die nordrhein-westfälische Minderheitsregierung hat erklärt, sie wolle „versuchen, mit allen
10 Fraktionen und allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren einen Konsens in der Schulpolitik
11 zu erzielen“. (Koalitionsvertrag, Juli 2010) Die CDU Nordrhein-Westfalen ist zu einem
12 offenen Dialog über alle Maßnahmen bereit, die zu einer Verbesserung der Qualität von
13 Schule führen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will keinen Schulkrieg. Konsensorientierte
14 Gespräche darüber, wie die Unterrichtsqualität verbessert werden kann und wie die
15 gewachsene Schulstruktur vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und auf
16 der Grundlage gesicherter bildungswissenschaftlicher Erkenntnisse fortentwickelt werden
17 kann, sind mit der CDU Nordrhein-Westfalen jederzeit möglich. Eine Abschaffung des
18 vielfältigen Schulwesens ist im Konsens mit der CDU Nordrhein-Westfalen nicht möglich.
19 Die CDU Nordrhein-Westfalen will kein vollständig integratives System. Entscheidend ist die
20 Gewährleistung von Schulqualität. Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen,
21 Verbundschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Förderschulen und Berufsschulen leisten gute
22 Arbeit. Eine Änderung von Schulformen ist kein Selbstzweck; sie müsste regional
23 unabwiesbare Gründe haben und kann nur im regionalen Konsens geschehen.

24

25 **Föderaler Wettbewerb als Vorteil**

26 Das Grundgesetz hat die Bildungskompetenz der Länder festgelegt. Die Föderalismusreform
27 II hat diese Kompetenz noch einmal gestärkt. Nordrhein-Westfalen wäre als selbständiger
28 Staat von der Bevölkerungszahl her eines der großen Mitglieder der Europäischen Union.
29 Nordrhein-Westfalen ist größer als die Niederlande, doppelt so groß wie Schweden, mehr als
30 doppelt so groß wie Österreich und dreimal größer als Finnland. Die CDU Nordrhein-
31 Westfalen ist vor diesem Hintergrund der Auffassung, dass unser Land keinen Zweifel lassen
32 sollte an seinem schulpolitischen Gestaltungswillen und seiner schulpolitischen
33 Verantwortung. Der föderale Wettbewerb auch um die schulpolitisch besseren Lösungen ist
34 ein Vorteil. Dabei müssen selbstverständlich die Freizügigkeit und Vergleichbarkeit innerhalb

1 Deutschlands und auch innerhalb Nordrhein-Westfalens gewährleistet sein. Die
2 schulpolitischen Pläne der rot-grünen Minderheitsregierung vor allem mit Blick auf G 8 und
3 G 9 werden Schulwechsel selbst innerhalb Nordrhein-Westfalens erheblich erschweren. Es
4 darf nicht zu Bildungsgrenzen innerhalb Deutschlands kommen. Aber selbstverständlich darf
5 es auch keine Bildungsgrenzen innerhalb ein und desselben Bundeslandes geben.

6

7

II.

8 **Schulstrukturdebatte und SPD: Jahre der Vergeblichkeit**

9 39 Jahre lang hatte die SPD Zeit, ihren eigenen Anforderungen gerecht zu werden: Ein
10 Bildungssystem, bei dem kein Kind und kein Jugendlicher auf der Strecke bleibt, eine
11 Schullandschaft, in der die Bildungsbeteiligung vor allem der sozial schwachen
12 Gesellschaftsschichten erhöht wird. Was ist die Realität?

13 39 Jahre hat die SPD über die Schulstruktur als einzigem möglichen Weg zum Erreichen ihres
14 Ziels debattiert. 39 Jahre hat die SPD immer wieder finanzielle Mittel in den Umbau und die
15 Veränderung dieser Strukturen investiert.

16 Das Ergebnis:

17 Nirgendwo in Deutschland wirkte sich in den Jahren bis 2005 die Herkunft von Kindern aus
18 bildungsferneren oder sozial schwächeren Elternhäusern so nachteilig auf den Schulerfolg aus
19 wie in Nordrhein-Westfalen. Lehrermangel und Unterrichtsausfall prägten das Schulleben.

20 Hauptschülerinnen und Hauptschüler wurden benachteiligt. Sie waren die Leidtragenden, als
21 die Politik ihrer Schulform keine Zukunft mehr gab. Kinder aus Familien mit

22 Zuwanderungsgeschichte wurden um Bildungschancen gebracht, weil sie ohne ausreichende
23 Deutschkenntnisse eingeschult wurden. Das pädagogische Konzept der individuellen

24 Förderung war ebenso in den Anfängen stecken geblieben wie das Konzept der selbständigen
25 Schule. Der Ausbau von Ganztagschulplätzen blieb weit hinter den Erfordernissen zurück.

26 Dasselbe galt für das frühkindliche Betreuungs- und Bildungssystem.

27 Die Schulpolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung stand deshalb 2005 vor der
28 Aufgabe, diese krassen Fehlentwicklungen zu korrigieren, die die vorangehenden

29 Landesregierungen zugelassen oder befördert hatten. Die SPD geführten Landesregierungen
30 hatten sich nicht hinreichend um die Verbesserung der konkreten Situation von Schülerinnen,

31 Schülern, Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht gekümmert, dafür umso mehr um

32 Organisationsfragen des Schulwesens. Die klassische Schulstruktur-Debatte und die

33 Maßnahmen, die aus dieser Debatte heraus umgesetzt wurden, haben jedoch nicht dazu

34 geführt, dass die Leistungen des Schulsystems besser geworden sind und Schülerinnen und

1 Schüler mehr Chancen erhielten, ihre Begabungen zu entdecken, ihre Fähigkeiten zu entfalten
2 und aktiv mit allen Rechten und Pflichten an unserer demokratischen Gesellschaft
3 teilzuhaben. Die klassische Schulstruktur-Debatte, wie sie von der SPD geführt wurde und
4 immer noch geführt wird, ist nutzlos. Sie führt zu Verunsicherungen der betroffenen
5 Schülerinnen und Schüler, der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern. Sie ist nicht zielführend
6 und daher vergeblich.

7

8 **Perspektivwechsel 2005**

9 Die CDU-geführte Landesregierung hat 2005 bewusst die Perspektive gewechselt. Sie hat
10 sich einer Fortsetzung der klassischen Schulform-Debatte verweigert und sich auf die
11 Verbesserung der konkreten Situation an den Schulen konzentriert. Von 2005 bis zum
12 Schuljahr 2010/11 wurden mehr als 8.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Der
13 Unterrichtsausfall wurde binnen fünf Jahren seit 2005 fast halbiert. Die Quote der
14 Schülerinnen und Schüler, die eine Klasse wiederholen müssen, sank im selben Zeitraum auf
15 den niedrigsten Stand seit 1997/98. Die individuelle Förderung wurde zur schulpolitischen
16 Leitidee gemacht und neu ins Schulgesetz eingebracht. Die Selbständigkeit der Schulen
17 wurde schulgesetzlich verankert, mit dem Erfolg, dass die Schulen in Nordrhein-Westfalen
18 jetzt den höchsten Grad an Selbständigkeit in Deutschland haben. Massiv wurde in die
19 vorschulische Bildung investiert. Die Einführung von Sprachtests für alle Vierjährigen und
20 der einhergehende Ausbau der Sprachförderung werden sich positiv insbesondere für Kinder
21 aus Zuwandererfamilien auswirken. 265.000 Ganztagschulplätze wurden geschaffen. Für die
22 von den Vorgängerregierungen benachteiligten Hauptschülerinnen und Hauptschüler wurde
23 eine wirksame und weithin anerkannte Qualitätsoffensive gestartet. Die Lehrerausbildung
24 wurde in einer Weise reformiert, die bundesweit Anerkennung findet.

25 Die Erfolge der Schulpolitik zwischen 2005 und 2010 lassen sich bereits jetzt feststellen. So
26 erreichte Nordrhein-Westfalen bei der Überprüfung der deutschlandweiten Bildungsstandards
27 der Kultusministerkonferenz in Deutsch und Englisch einen Platz im oberen Drittel aller
28 Bundesländer. Während das Land bei PISA 2000 und PISA 2003 noch zu den Schlusslichtern
29 in Deutschland gehörte, sind diese Ergebnisse – die auf statistischen Daten des Jahres 2009
30 beruhen – Ausdruck und sichtbarer Beleg für die erfolgreiche Bildungspolitik der
31 vergangenen fünf Jahre.

32 Die Schulpolitik der CDU-geführten Landesregierung nach 2005 war geprägt von
33 Pragmatismus und Augenmaß. Mit den erfolgten Verbesserungen und maßvollen
34 Strukturreformen sind die Weichen richtig gestellt worden

- 1 • für eine Verbesserung der Schulqualität,
- 2 • für eine Anhebung des Bildungsniveaus,
- 3 • für eine Abkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft,
- 4 • für eine Senkung der sogenannten „PISA-Risikogruppen“,
- 5 • für eine Erhöhung der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit
- 6 Zuwanderungshintergrund,
- 7 • für die auch unter demographischen Gesichtspunkten dringend erforderliche
- 8 Ausschöpfung aller Begabungsreserven.

12 III.

15 Die CDU Nordrhein-Westfalen hält folgende schulpolitische Schwerpunktsetzungen für
16 richtig und zukunftsweisend:

18 **Individuell fördern**

19 Die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern muss in allen Schulformen als
20 Standard weiter durchgesetzt werden. Das schließt die intensive Förderung sowohl von
21 leistungsstarken wie von leistungsschwachen Schülern ein. Für individuelle Förderung sind
22 kleinere Klassengrößen in allen Schulformen anzustreben. Das Konzept der individuellen
23 Förderung hat weitreichende Konsequenzen, die zu einer tiefgreifenden Umgestaltung des
24 Unterrichtsgeschehens führen werden. Die Organisation individueller Lernprozesse muss
25 Rücksicht nehmen auf die unterschiedlichen Lern-Interessen und Lern-Tempi der einzelnen
26 Schülerinnen und Schüler. Das kann je nach den Voraussetzungen von Lerngruppen eine
27 völlig neue Gestaltung von Lernorten und Lernzeiten erforderlich machen. So kann es
28 beispielsweise vorteilhaft sein, wenn Kinder oder Jugendlichen unterschiedlichen Alters
29 denselben Lernraum nutzen und dort zur selben Zeit an unterschiedlichen Aufgaben arbeiten.
30 Oder es kann sein, dass sich die 45-Minuten-Taktung des Unterrichts als ungeeignet für
31 individuelle Förderung erweist.

33 **Früher gemeinsam lernen**

1 Die Befürworter längeren gemeinsamen Lernens unterstellen, dass Lern- und Sprachdefizite
2 besser ausgeglichen werden können, wenn Kinder über die Grundschule hinaus auch in den
3 Klassen fünf und sechs – also bis zur beginnenden „schwierigen“ Pubertätsphase –
4 gemeinsam unterrichtet werden. Für diese Position gibt es kein gesichertes Wissen.
5 Erfahrungen in Berlin oder Brandenburg liefern keinen Beleg für die Richtigkeit der Position.
6 Nicht bloß eine Meinung, sondern ein gesichertes Ergebnis der Bildungs- und Lernforschung
7 dagegen ist, dass *frühes* Lernen nachweisbare Erfolge hat. Statt „Länger gemeinsam Lernen“
8 ist „Früher gemeinsam lernen“ eine zweifellos *richtige* Devise, wenn es darum geht, Lern-
9 und Sprachdefizite auszugleichen. Deshalb ist die CDU Nordrhein-Westfalen dafür, dass dem
10 bisherigen ersten Grundschuljahr ein Lernjahr vorangestellt wird. Das bringt nachweislich
11 gerade für Kinder aus bildungsferneren Schichten und für Kinder mit
12 Zuwanderungshintergrund große Vorteile.

13

14 **Eigenverantwortung der Schulen mit Leben füllen**

15 Voraussetzung einer nachhaltigen Qualitätsentwicklung an unseren Schulen ist, dass
16 Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler gemeinsam Verantwortung
17 für „ihre“ Schule übernehmen. Verantwortung setzt Kompetenzen voraus. Die von der CDU-
18 geführten Landesregierung ins Schulgesetz eingeführte Selbständigkeit der Schulen muss
19 weiter mit Leben erfüllt werden. Sie kann, orientiert an allgemein definierten
20 Qualitätsstandards, zu attraktiven Profilbildungen führen. Sie wird den Wettbewerb um die
21 besten Wege zur Erreichung der Qualitätsstandards stärken und damit der Schulentwicklung
22 insgesamt dienen.

23

24 **Ganztagsschule ausbauen**

25 Die erfolgreiche Offensive zum bedarfsgerechten Ausbau des Ganztags ist fortzusetzen. Das
26 ist nicht nur aus gesellschaftlichen Gründen nötig. Das Konzept der individuellen Förderung
27 verlangt nach einer neuen Gestaltung des Lerntags. Eine Ganztagsschule bietet dafür Zeit. Sie
28 kann angemessen auf die unterschiedlichen Voraussetzungen, Interessen und Begabungen der
29 Kinder und Jugendlichen eingehen. Dafür müssen unsere Schulen besser, schöner und
30 attraktiver ausgestattet werden. Sie sind tagsüber der Lebensraum für Lehrkräfte,
31 Schülerinnen und Schüler. Dieser Lebensraum ist bewusst als anregender Lernraum zu
32 gestalten.

33

34 **Leistungsbereitschaft und Anstrengung anerkennen**

1 Zum sicheren Wissen der Lern- und Bildungsforschung gehört, dass die Rolle der Emotionen
2 beim Lernen kaum zu überschätzen ist und dass das Erleben von Anerkennungen und ein
3 gesundes Selbstvertrauen *unabdingbare Voraussetzungen* für erfolgreiches Lernen sind. Die
4 emotionale Atmosphäre beim Lernen muss stimmen. Die Leistungen von Schülerinnen und
5 Schülern werden besser, wenn *Leistungsbereitschaft* und *Anstrengung* belohnt werden. Angst
6 und Frustrationserlebnisse behindern das Lernen und das kreative Lösen von Problemen. Eine
7 neue Kultur der Anerkennung muss in den Schulen Platz greifen, die schon *Anstrengungen*
8 belohnt und nicht nur das *Ergebnis* von Anstrengungen. Schülerinnen und Schüler sollen
9 erfahren, dass sie etwas *können*. Die Erfahrung „Ja, ich kann“ ist nach den gesicherten
10 Erkenntnissen der Lern- und Bildungsforschung von entscheidender Bedeutung für die
11 Lernbiographie eines Menschen. Die Schaffung einer Kultur der Anerkennung im Rahmen
12 der individuellen Förderung sollte dazu führen, dass das Sitzenbleiben der Vergangenheit
13 angehört.

14

15 **Erziehung, Persönlichkeitsbildung und Befähigung zur Ausbildung ernstnehmen**

16 Bildung ist keine starre und unveränderbare Eigenschaft. Bildung ist ein Prozess, durch den
17 die Menschen zu sich selbst kommen. Durch Bildung sind Menschen fähig, sich selbst zu
18 erkennen, ihr Leben selbst zu gestalten und ihre Mitmenschen zu respektieren. Bildung
19 befähigt zur Teilnahme am gesellschaftlichen Zusammenleben. Die individuelle Bildung
20 jedes einzelnen wird auf vielfältige Weise beeinflusst. Es ist die zentrale Aufgabe der Mütter
21 und Väter, ihre Kinder zu erziehen. Ergänzend zu den Eltern haben die Schulen einen klaren
22 Erziehungsauftrag, den sie behalten und ernstnehmen müssen. Die Schule hat bei der
23 moralischen Entwicklung der Persönlichkeit mitzuwirken. Kinder und Jugendliche lernen
24 Werte und Tugenden durch Handeln und nicht durch Predigten oder das Auswendiglernen
25 von Tugendkatalogen. Sie müssen zu diesem Lernen durch Handeln in den Schulen
26 Gelegenheit haben. Dazu gehört, dass sie Grenzen gesetzt bekommen, Konflikten ausgesetzt
27 sind und die Chance haben, normgerecht zu handeln oder die Konsequenzen normwidrigen
28 Verhaltens zu spüren. – In einer Zeit, in der die Verunsicherung von Eltern zunimmt und in
29 der es kaum noch einen allgemeinen Konsens darüber gibt, wie man Kinder erzieht, kommt
30 dem Erziehungsauftrag der Schule ein zunehmendes Gewicht zu. Er sollte klar und
31 selbstbewusst bestimmt werden.

32 Es ist ebenso die Aufgabe von Schule, Kinder und Jugendliche für eine Ausbildung zu
33 befähigen. Schule ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg in ein selbstbestimmtes
34 Berufsleben. Entsprechend der vielfältigen Begabungen und der unterschiedlichen

1 persönlichen Voraussetzungen jedes einzelnen Kindes und jedes einzelnen Jugendlichen ist
2 die Vielfalt des Schulwesens notwendige Bedingung, um einen solchen Schritt erfolgreich
3 bewältigen zu können.

4

5 **Moderne Lehrerbildung umsetzen**

6 Eine herausragende Aufgabe der nächsten Jahre ist die Umsetzung der von der CDU-
7 geführten Landesregierung auf den Weg gebrachten Reform der Lehrerausbildung, die
8 bundesweit als vorbildlich von Professor Jürgen Baumert bezeichnet wurde (Der
9 Tagesspiegel, 23. Juni 2010). Sie muss zur Profilierung pädagogischer Kompetenzzentren an
10 unseren Hochschulen führen und dadurch einen Innovationsschub in die nordrhein-
11 westfälische Bildungsforschung und einen Wissenstransfer in den Schulunterricht bringen.
12 Die neue Lehrerausbildung legt wesentlich mehr Wert auf Unterrichtspraxis und wird dazu
13 führen, dass fachliche und didaktische Kompetenzen nicht mehr, wie häufig in der
14 Vergangenheit, als Gegensätze betrachtet werden. Diese Kompetenzen müssen durch
15 Weiterbildungsangebote, Fortbildungspflichten und Coaching für alle Lehrerinnen und Lehrer
16 in regelmäßigen Abständen weiterentwickelt werden.

17

18 **Regionale Vernetzung fördern**

19 Die von der CDU-geführten Landesregierung unterstützte regionale Vernetzung ist weiter
20 auszubauen. Dazu gehören Schulverbände und unterstützende außerschulische Netzwerke, die
21 eine enge Zusammenarbeit von Schulen, Behörden, Wirtschaft, Kirchen, Sport- und
22 Freizeitvereinen, Polizei, Jugendhilfe und anderen Einrichtungen gewährleisten. Für Schule
23 gibt es eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung, die in einer regionalen Vernetzung
24 auch einen institutionellen Ausdruck finden soll.

25

26 **Entscheidungen vor Ort treffen – Schulträger stärken**

27 Wichtig bei einer Weiterentwicklung des vielfältigen Schulwesens ist die Berücksichtigung
28 der konkreten Bedürfnisse vor Ort. Lösungen, die beispielsweise auf die Probleme der
29 demographischen Entwicklung möglicherweise auch kurzfristig reagieren, müssen im
30 Konsens mit den Schulträgern, den Eltern, aber auch den Anforderungen der regionalen
31 Gegebenheiten gefunden werden. Landespolitik darf hier nicht hinderlich sein, sondern muss
32 Weichenstellungen vornehmen, die zum Wohle unserer Kinder förderlich sind.

33

34 **Durchlässigkeit fördern, Übergänge besser organisieren**

1 Die Durchlässigkeit an unseren Schulen muss verbessert werden. Jede Schülerin und jeder
2 Schüler muss unabhängig davon, wo sie oder er startete, zu jedem möglichen Abschluss
3 kommen können. Die CDU-geführte Landesregierung hatte deshalb in allen Schulformen
4 Ergänzungsstunden zur Förderung eingeführt. Zur weiteren Entwicklung der Durchlässigkeit
5 an unseren Schulen sollen die Übergänge besser organisiert werden. Aufnehmende und
6 abgebende Kindergärten und Schulen müssen stärker als bisher durch ein besseres
7 Übergangsmanagement eng miteinander kooperieren, um die bestmögliche Lösung für die
8 Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

9

10 **Inklusion fördern**

11 Die CDU unterstützt die Inklusion ausdrücklich. Als Konsequenz aus der UN-Konvention für
12 Menschen mit Behinderungen ist eine grundlegende Weiterentwicklung der
13 sonderpädagogischen Förderung erforderlich. Mit der Entwicklung von Kompetenzzentren für
14 sonderpädagogische Förderung hat die CDU in ihrer Regierungszeit 2005-2010 entscheidende
15 Voraussetzungen dafür geschaffen. Die Umsetzung der UN-Konvention ist eine zentrale
16 Herausforderung. Es gilt, neben materiellen Bedingungen auch Haltungen und Einstellungen
17 zu verändern. Das Wohl der jungen Menschen mit Behinderungen ist der Maßstab unseres
18 Handelns. Daher muss individuell entschieden werden, wo das Wohl eines behinderten
19 Kindes am besten gefördert wird, in der allgemeinbildenden Schule oder in der Förderschule.
20 Die CDU bejaht ein grundsätzliches Wahlrecht der Eltern auf den sonderpädagogischen
21 Förderort.

22

23 **Bildungsbeteiligung von Zuwanderern verbessern**

24 Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte ist eine der
25 zentralen Aufgaben unserer Gesellschaft und der Politik. Die CDU in Nordrhein-Westfalen
26 begreift diese Problematik als Querschnittsaufgabe. Es gilt die Lebens-, Bildungs- und
27 Ausbildungsperspektiven insbesondere der Kinder und Jugendlichen mit
28 Zuwanderungsgeschichte zu verbessern. Die Schulen bilden hierbei einen zentralen Faktor.
29 Entscheidend und in ihrer Bedeutung wissenschaftlich gesichert ist aber ebenso die
30 vorschulische Elementarbildung. Die CDU geführte Landesregierung hat seit 2005 auf diesem
31 Weg schon wesentliche Schritte getan. So ist Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der
32 Sprachförderung bundesweit Vorreiter. Die Sprachentwicklung der Kinder wird bereits zwei
33 Jahre vor der Einschulung überprüft. Damit ist gewährleistet, dass Defizite in der

1 Sprachfähigkeit frühzeitig erkannt und gezielt abgebaut werden können. Jedes Kind soll fähig
2 sein, von Anfang dem Schulunterricht folgen zu können.

3

4 **Berufsschulen und Berufskollegs zu regionalen Kompetenzzentren ausbauen**

5 Das Berufskolleg ist eine wesentliche Säule moderner Bildungspolitik, weil es eine breite
6 Palette von beruflichen und allgemeinbildenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten
7 anbietet und dadurch die Durchlässigkeit im vielfältigen Schulsystem wahrt und mit abbildet.
8 In den aktuellen Bildungsdiskussionen bleibt diese hervorragende Bildungseinrichtung häufig
9 unerwähnt. Berufskollegs müssen in der vielfältigen nordrhein-westfälischen
10 Bildungslandschaft gestärkt und in ihrer herausragenden Bedeutung sichtbarer werden. Die
11 Berufskollegs mit ihren unterschiedlichen Schulformen müssen daher zu regionalen
12 Kompetenzzentren ausgebaut werden. Diese Zentren sollen als Koordinierungsstellen und
13 Ansprechpartner für Eltern, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Lehrerinnen und
14 Lehrer sowie für die beteiligten Betriebe und Unternehmen einschließlich der
15 Berufsgenossenschaften, Kammern und Ständevertreter dienen.

16

17

18 IV.

19

20

21 Die CDU Nordrhein-Westfalen erwartet von der CDU-Landtagsfraktion bis zum nächsten
22 ordentlichen Landesparteitag 2011 die Ausarbeitung eines schulpolitischen Konzepts auf der
23 Basis der in den vorigen Abschnitten umrissenen Leitlinien.